

Eingang:

Frankfurt, 15.04.2013

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer Grundstücksgeschäfte öffentlich machen**

### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

1. Der Magistrat wird gebeten, bei Grundstücksverhandlungen mit privaten Dritten darauf hinzuwirken, dass die Vertragspartner mit einer Behandlung der Grundstücksangelegenheit in öffentlicher Sitzung einverstanden sind, soweit gesetzliche Rechte Dritter hiervon nicht berührt sind.
2. Grundstücksangelegenheiten, die städtische Gesellschaften betreffen, sollen grundsätzlich in öffentlicher Sitzung behandelt werden

### **Begründung:**

Dieser Antrag wurde im März als gemeinsamer Antrag von CDU und SPD in der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Hofheim am Taunus gestellt und einstimmig angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat bislang dem Wunsch der Vertragspartner nach vertraulicher Behandlung von Grundstücksangelegenheiten in aller Regel entsprochen. Die Transparenz staatlicher und kommunaler Entscheidungsprozesse hat jedoch heute einen so hohen Stellenwert, dass Nachteile, die der Stadt durch eine öffentliche Behandlung entstehen können, in einem gewissen Rahmen grundsätzlich in Kauf genommen werden sollten.

### **DIE LINKE. im Römer**

Dominike Pauli  
Fraktionsvorsitzende

### AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele  
Stv. Lothar Reininger  
Stv. Merve Ayyildiz  
Stv. Dr. Peter Gärtner